

Niederschrift

über die 15. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur der Stadt Geilenkirchen am Dienstag, dem 20.11.2018, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

1. Bekanntgabe der Schüleranmeldezahlen sowie Klassenbildung zum Schuljahr 2019/2020 an den städtischen Grundschulen
Vorlage: 1412/2018
2. Jahresbericht der Seniorenbeauftragten
Vorlage: 1407/2018
3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
"Audit zur familiengerechten Kommune"
Vorlage: 1408/2018
4. Antrag der SPD-Fraktion zur Vorstellung der Initiative Erinnern - Geilenkirchen
Vorlage: 1409/2018
5. Erhöhung des Zuschusses für die Schülerbetreuung an der Kath. Grundschule Im-mendorf
Vorlage: 1410/2018
6. Fortführung des Projekts "Mathe schützt nicht vor Ertrinken!" in 2019
Vorlage: 1411/2018
7. Anfragen

Anwesend waren:

Vorsitzender

1. Marko Banzet

Mitglieder

2. Hans-Jürgen Benden
3. Karola Brandt
4. Jennifer Diederichs
5. Christoph Grundmann
6. Theresia Hensen
7. Michael Kappes
8. Leonhard Kuhn
9. Stefan Mesaros

10. Lars Speuser
11. Ruth Thelen
12. Max Weiler

Stellvertretendes Mitglied

13. Horst-Eberhard Hoffmann
14. Rainer Jansen

Sachkundige/r Bürger/in

15. Uwe Jöris
16. Frank Paulus
17. Heinz-Arno Plum
18. Werner Thamer

Beratendes Mitglied gemäß § 58 GO

19. Christa Butenschön
20. Uwe Böken
21. Peter Pauli
22. Heinz-Josef von St. Vieth

von der Verwaltung

23. Erster Beigeordneter Herbert Brunen
24. Wilfried Schulz
25. Anja Wallbaum
26. Irmtrud Penners, Schriftführerin

Es fehlten:

Mitglieder

27. Nils Kasper

Beratendes Mitglied gemäß § 58 GO

28. Pfarrerin Anne Lungová
29. Bernhard Kozikowski

Ausschussvorsitzender Banzet eröffnete die 15. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur und begrüßte die Anwesenden. Sodann stellte er die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

**TOP 1 Bekanntgabe der Schüleranmeldezahlen sowie Klassenbildung zum Schuljahr 2019/2020 an den städtischen Grundschulen
Vorlage: 1412/2018**

I. Beigeordneter Brunen trug den Sachverhalt vor, wobei er auf die vor Sitzungsbeginn ausgelegte Tischvorlage verwies. Hier seien jedoch zwei Änderungen zu vermerken. Bei der Europa-Schule hätten sich 40 Schulneulinge für das kommende Schuljahr angemeldet; bei der KGS Würm 25, somit insgesamt 238. Die Anmeldungen für zwei Kinder fehlten noch.

Herr Schulamtsdirektor Christoph Esser erläuterte sodann den Prozess der Klassenbildung. Dieser sei in der Vergangenheit nicht immer reibungslos verlaufen, was zu vermehrter Diskus-

sion geführt habe. Der Prozess der Klassenbildung sei ein reines Zahlenspiel. Allerdings liege die Klassenbildung, d. h. wo und welche Klassen gebildet würden, nicht bei der Schulaufsicht, sondern bei den Räten. Bei dem Prozess seien zwei Grundkomponenten zu beachten:

1. Die Anzahl der an den jeweiligen Grundschulen angemeldeten Kinder. Sie berechtige im kommenden Jahr in Geilenkirchen 11 Eingangsklassen zu bilden.
2. Die Situation an den jeweiligen Schulen, wodurch eine gewisse Bandbreite hingenommen werden müsse.

Beide Bedingungen müssten erfüllt sein, damit entsprechend Klassen gebildet werden könnten. Bei der Bildung der Prognose sei die Zahl 30 wichtig. In der Regel liege die Prognose unter der späteren, tatsächlichen Anmeldezahl. Dafür gebe es mehrere Gründe, wie kurzfristige Zuzüge oder die Aufnahme von Flüchtlingsfamilien. Die bisherige Schüleranmeldezahl von 238 berechtige zur Bildung von 11 Eingangsklassen. Zwar bilde die Prognose gewissermaßen einen Unsicherheitsfaktor, ihre Bildung beruhe aber auf dem Wissen und der Erfahrung der Schulleiter. Man fahre gut, hierauf zu vertrauen. Dennoch sei es möglich, dass man am Ende des Verfahrens zu einer anderen Entscheidung aufgrund veränderter Voraussetzungen komme. Es sei daher zu empfehlen, die Entwicklung abzuwarten. Hinsichtlich des Beschlussvorschlags 2 empfahl Schulamtsdirektor Esser eine Härtefallklausel aufzunehmen. Wenn bsw. 26 Kinder in einer GL-Schule angemeldet würden, sei den Eltern des 26. Kindes nicht zuzumuten eine andere GL-Schule zu suchen und u. U. weite Schulwege für ihr Kind in Kauf nehmen zu müssen. Stattdessen solle die Aufnahme des 26. Kindes zu ermöglicht werden.

Frau Thelen erinnerte daran, dass in den vergangenen Jahren die Bildung der jährlichen Eingangsklassen häufig diskutiert wurde. Ein Problem in Geilenkirchen sei es, dass jedes Jahr eine Klasse weniger gebildet wurde als möglich gewesen sei. Im Nachhinein erwiesen sich die tatsächlichen Schüleranmeldezahlen als höher als die zuvor prognostizierten. Dennoch waren nicht alle eigentlich notwendigen Eingangsklassen zustande gekommen. Die Stadtverordnete nannte konkrete Beispiele hierfür und sprach sich dafür aus, das Recht auf die Bildung von 12 Eingangsklassen geltend zu machen.

Herr Esser antwortete, die anerkennende Schulaufsicht beziehe sich bei ihrer Entscheidung auf die Prognose. Diese würden von den Schulleitern nach bestem Wissen und Gewissen erstellt. In der Vergangenheit waren sie eindeutig so, dass im vorgenannten Beispiel eine Klasse weniger gebildet werden konnte. Die Bedingungen für die Bildung einer weiteren Klasse waren nicht erfüllt. Ein Abweichen von der Prognose so kurzfristig nach Schuljahresbeginn, sei nur durch Zuzüge erklärbar.

Herr Benden erklärte, die Eingangszahlen hätten in den letzten vier Jahren regelmäßig höher gelegen als die Prognosen. Dies sei auf verschiedene Gründe zurückzuführen. Eltern meldeten verspätet ihre Kinder an, Umzüge erfolgten verstärkt kurz vor Schuljahresbeginn, Geilenkirchen sei NATO-Standort, Kinder würden verstärkt in Inklusionsklassen gemeldet, usw. Ein weiteres Problem könnten fehlende Räumlichkeiten darstellen. Dennoch wurde eine Eingangsklasse weniger gebildet, als vom Gesetz her möglich gewesen wäre. Es sei aber die Aufgabe der Ausschussmitglieder, die Kinder zu schützen. Hier wäre eine Verbesserung notwendig.

Ausschussvorsitzender Banzet stellte die Frage in den Raum, ob denn anders verfahren werden könne als bis jetzt aufgrund der Vorgaben des Gesetzgebers.

Herr Esser bemerkte, dass nicht nur in Geilenkirchen die tatsächlichen Anmeldezahlen über der Prognose lägen. Die Klassenbildung beruhe aber nun einmal auf den Zahlen nach der Prognose. Eine nachträgliche Klassenbildung sei zwar theoretisch möglich, sei aber in den letzten vier Jahren an keiner einzigen Stelle umsetzbar gewesen. Dies beruhe auch auf fehlende Ressourcen. Mehr Klassen zu bilden, ziehe nicht die sofortige Einstellung von mehr Lehrern nach sich. Die Klassenstärke in Geilenkirchen gehe nicht über 29 hinaus.

Ausschussvorsitzender Banzet bemerkte, offenbar sei die Prognose wichtiger als die Realität.

Herr Benden stellte die Frage in den Raum, wo die Kinder hin seien, die keine Aufnahme in der von den Eltern gewählten Schule gefunden hätten. Gleich aus welchen Gründen die Klassenbildung kleiner gehalten würde als möglich wäre, ob wegen Fehlens von Lehrern oder von Klassenräumen, dies könne nicht der richtige Weg sein.

Herr Esser antwortete, es gäbe bei der Klassenbildung keinen Spielraum. In Ausnahmefällen würden auch mehr als 25 Kinder aufgenommen. So gebe es die Regelung, dass Schulleitungen die Kinder nicht gleich abweisen, sondern zuerst das Gespräch mit der Schulaufsicht suchen sollten. Die Situation vor der Bildung der Eingangsklassen sei eine ganz andere als die danach. Eine höhere Klassenzahl habe mehr mit Wechselwünschen zu tun als mit der Möglichkeit die Klassenbildung zu ändern.

Frau Brandt erkundigte sich, ob die Möglichkeit bestehe, aufgrund der Erfahrungen vergangener Jahre, die Prognosezahl höher anzusetzen.

Herr Esser verneinte dies. Die Prognosen würden von den Schulleitern nach bestem Wissen und Gewissen erstellt und abgegeben. Als Landesbeamte hafteten sie für die Richtigkeit der von ihnen weitergegeben Daten.

Herr Thamer meinte, wenn die Schulleiter die Prognosen den Erfahrungswerten der letzten Jahre anpassen würden, könnten sie sich nicht strafbar machen. Herr Esser machte darauf aufmerksam Prognosen seien komplexe Rechenwerke, die durch verbeamtete Personen erstellt würden.

Herr Weiler erinnerte daran, dass im vergangenen Jahr in fünf Terminen fünf verschiedene Zahlen vorgestellt wurden. Im vergangenen November sei die Diskussion hierüber ebenso lebhaft verlaufen wie heute. Auf seine entsprechende Frage antwortete Herr Esser, eine Prognose könne niemals zu 100 % mit der späteren Anmeldezahl übereinstimmen. Er wiederholte nochmals kurz seine vorherigen Erläuterungen zur Prognosebildung.

Herr Benden wies darauf hin, dass in Teveren ein Neubaugebiet entstehe. Wahrscheinlich kämen von dort alleine schon fünf Erstklässler hinzu. In Gillrath entstünden häufig Veränderungen der Anmeldezahlen durch den Zuzug von NATO-Familien.

Herr Esser sah das Problem darin, dass zwar von der Gesamtzahl genügend Kinder vorhanden seien, um eine weitere Klasse zu bilden, jedoch könne man nicht alle Kinder in einer einzigen Grundschule unterbringen.

Herr Jansen sah die derzeitige Gesetzesregelung als nachteilig für die Kinder an.

Herr Thamer sah nicht ein, warum eine kurzfristige Nachbesserung nicht möglich sein sollte.

Herr Esser verwies darauf, dass zwar Zuwachs in den Eingangsklassen zu verzeichnen sei, jedoch sei die Situation in Geilenkirchen keineswegs so dramatisch wie in anderen Kommunen. So wären in einer Nachbarkommune 37 Kinder in einer anderen als der gewünschten Schule

eingeschult worden. Für Geilenkirchen müssten die gleichen Richtlinien gelten, wie in den anderen kreisangehörigen Kommunen.

Herr Jansen befand die Situation bereits dramatisch, wenn 28 statt 25 Kinder sich in einer Eingangsklasse wiederfinden.

Herr Grundmann wagte die Prognose, dass man in einem Jahr die gleiche Situation wiederfinden würde.

Frau Thelen sprach sich nochmals dafür aus, statt 11, 12 Eingangsklassen zu bilden. Sinnvoll sei das in Immendorf. Bei 30 Anmeldungen könne eine 2. Eingangsklasse gebildet werden.

Herr Esser empfahl, mit einer Entscheidung bis zum Dezember zu warten, weil man dann über konkretere Zahlen verfüge.

Ausschussvorsitzender Banzet erinnerte daran, dass heute kein Beschluss zu fassen wäre. Er zitierte nochmals die beiden Beschlussvorschläge.

Herr Weiler sprach sich dafür aus, die von Herrn Esser vorgeschlagene Härtefallregelung mit in den 2. Beschlussvorschlag aufzunehmen.

Der Ausschussvorsitzende dankte Herrn Esser für seine Teilnahme an der Ausschusssitzung und für seine Ausführungen. Herr Esser sagte zu, weiterhin für konkrete Erläuterungen zur Verfügung zu stehen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss nimmt die vorläufigen Anmeldezahlen der Grundschulen zur Kenntnis und schlägt dem Rat vor, die kommunale Klassenrichtzahl und die Verteilung der Klassen auf die einzelnen Schulen in der Sitzung am 12.12.2018 auf der Grundlage der dann aktuellen Prognosedaten zu beschließen.
2. An den Schulen des gemeinsamen Lernens werden die Klassengrößen auf maximal 25 Schülerinnen und Schüler reduziert, und zwar in den Klassen, in denen gemeinsamer Unterricht erteilt wird. In Härtefällen kann diese Klassengröße in Abstimmung mit der Schulleitung überschritten werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 2 Jahresbericht der Seniorenbeauftragten Vorlage: 1407/2018

Die Seniorenbeauftragte Frau Butenschön berichtete ausführlich über die Arbeit des Runden Tisches für Altenarbeit in Geilenkirchen. Den Wortlaut des Vortrags entnehmen Sie bitte der beigefügten Anlage.

Schulleiter Böken wies darauf hin, dass der in der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule vorhandene Defibrillator durch Spenden finanziert wurde.

Auf die entsprechende Frage des Herrn Speuser antwortete Frau Butenschön, am Runden Tisch für Altenarbeit nähmen i. d. R. 10 -15 Personen teil. Alle Teilnehmer seien Multiplikatoren. So stehe Frau Butenschön selbst für den VdK Geilenkirchen mit seinen 442 Mitgliedern.

Frau Brandt erkundigte sich, wie die unter Punkt 5 des Vortrags erwähnten Zuschüsse finanziert würden. Hierauf teilte Frau Butenschön mit, dass diese mit Hilfe von Spenden zustande kämen. So stelle die Kreissparkasse bsw. 5.000,00 € zur Verfügung für Maßnahmen in der Seniorenarbeit. Ein Teil der Mittel diene der Finanzierung neuer Initiativen.

TOP 3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
"Audit zur familiengerechten Kommune"
Vorlage: 1408/2018

Herr Benden befand, mit dem Beschluss das Audit zur familiengerechten Kommune in Geilenkirchen einzuführen, gebe man sich auf einen sehr guten Weg, auch eine solche zu werden. Dies sei auch eine Möglichkeit, sich weiter als Kommune zu profilieren. Was möglich sei, habe die Kampagne zum Fair Trade gezeigt. Geilenkirchen sei nun die 1. Fair-Trade-Kommune im Kreis Heinsberg. Ebenso positiv verlaufe die Entwicklung zum Quartier Bauchem. Sicher sei noch mehr Positives für die Stadt erreichbar. In die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgetragene Maßnahme sei in einem Zeitraum von vier Jahren lediglich eine überschaubare Summe zu investieren. Diese Investition sei sinnvoll um etwas Gutes für die Stadt zu erreichen und nach außen zu tragen.

Herr Weiler warnte davor Fair Trade und das Audit „in einen Topf zu werfen.“ Die Kosten, die für Fair Trade aufzuwenden waren, seien Peanuts gewesen im Vergleich dazu, was für die Einführung des Audits aufzuwenden wäre. Er befürchtete, dass die 20 %-Stelle, die für das Audit eingerichtet werden müsse, nicht ausreichen würde. Ein Audit wäre zeit- und damit auch personalintensiv, da es die ganze Bandbreite abzudecken gelte, wie Mobilität usw. Frau Schwarzes Vortrag sei leblos gewesen und die Nachfrage, wo der Mehrwert für die Kommune sei, habe sie nicht zufriedenstellend beantworten können. Für eine vierjährige Moderatorentätigkeit, die der Verein lediglich leiste, müsse die Stadt schon einen recht hohen Betrag aufwenden.

Die Stadt Aachen befinde sich bereits seit 10 Jahren in diesem Prozess, der alle 2 – 3 Jahre modifiziert werde. Hiermit sei zumindest ein Verwaltungsmitarbeiter voll ausgelastet, da er in nahezu alle Bereiche reingehen müsse, die die Kommune betreffen. Das sei ein Riesending. Die Stadt Stolberg, die ähnlich groß wie Geilenkirchen sei, habe erst vor kurzem den Prozess begonnen. Beide Verwaltungsmitarbeiter könnten – von einem anderen Stand des Entwicklungsprozesses aus – sicher interessante Einblicke in ihre Arbeit geben. Diesbezüglich habe er bereits Vorgespräche mit ihnen geführt. Beide hätten Bereitschaft, über ihre Arbeit zu berichten, gezeigt. Herr Weiler schlug vor, beide Mitarbeiter zu einer Ausschußsitzung einzuladen, damit sie 15 Minuten puren Sachstandsbericht geben könnten.

Herr Grundmann unterstützte den Vorschlag. Er sah durch den Vortrag von Akteuren verschieden großer Städte eine große Chance, all das zusammenzuführen, was für eine vernünftige und gute Entscheidungsfindung notwendig sei. Der Vorschlag der CDU-Fraktion sei daher positiv und zielführend.

Herr Benden stimmte den Ausführungen Herrn Weilers zu. Es sei ein guter Weg, ganz viel Information und Sachverstand zu erlangen. Insbesondere vom Mitarbeiter aus Aachen könne man viel über den Mehrwert erfahren, den ein solcher Prozess mit sich bringe. Er sei ge-

spannt auf den Vortrag. Wenn solche Kontakte bestünden, sollte man sie nutzen. Er wolle auch keinen Schnellschuss. Viel wichtiger sei, dass alle von dem Nutzen und der Wichtigkeit eines solchen Prozesses überzeugt würden.

Herr Mesaros und Frau Brandt unterstützten ebenfalls den Vorschlag der CDU-Fraktion.

Beschluss:

Die Verwaltung lädt die für den Prozess zur „familienfreundlichen Stadt“ zuständigen Mitarbeiter der Städte Aachen und Stolberg zu einem informellen Vortrag in die nächste Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur ein.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**TOP 4 Antrag der SPD-Fraktion zur Vorstellung der Initiative Erinnern - Geilenkirchen
Vorlage: 1409/2018**

Herr Grundmann bemängelte, er sei davon ausgegangen, dass die Mitglieder der Initiative Erinnern bereits zu dieser Sitzung eingeladen worden wären, um über ihre Arbeit zu berichten.

I. Beigeordneter Brunen antwortete, die Verwaltung habe den richtigen Weg einhalten und keinen Präzedenzfall schaffen wollen. Man habe noch nicht eingeladen, da der Ausschuss hierüber noch nicht beraten und entschieden hatte.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Initiative Erinnern – Geilenkirchen Kontakt aufzunehmen und darum zu bitten, dass die Initiative in der nächsten Sitzung des Ausschusses einen entsprechenden Bericht erstattet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**TOP 5 Erhöhung des Zuschusses für die Schülerbetreuung an der Kath. Grundschule Im-
mendorf
Vorlage: 1410/2018**

Frau Brandt bezog sich auf den in Vorlage zitierten Ratsbeschluss von 2011. Dieser liege ihr nicht vor. Weiter erkundigte sie sich, wie hoch der Eigenanteil der Eltern wäre.

I. Beigeordneter Brunen sagte zu, den Beschluss nachträglich zur Verfügung zu stellen. Probleme an der OGS seien nicht bekannt. Die Nachmittagsbetreuung habe sich bewährt. Sie werde durch angestellte Erzieherinnen und Betreuerinnen geleistet. Trotz der Fördermittel des Landes sei der Verein noch auf weitere Unterstützung angewiesen.

Herr Benden fand es schade, dass der Antrag des Fördervereins der Einladung nicht beigelegt wurde. Viele Fragen seien hierin beantwortet worden, da er sehr aussagekräftig sei. Die angefragten 6.000,00 € Förderung seien Spitz auf Knopf gerechnet. Das Ausschussmitglied sprach

sich dafür aus, dem Förderverein zu helfen und ihn durch die vorgeschlagene Förderung in Höhe von 6.000,00 € zu unterstützen.

I. Beigeordneter Brunen sagte zu, den Antrag der Niederschrift beizufügen. Die Verwaltung habe ein Gespräch mit dem Vereinsvorstand geführt, um zu sehen, wie dessen Arbeit vernünftig weitergeführt werden könne. In einem Jahr könne der Verein einen neuen Antrag stellen. Die Verwaltung schlage daher vor, in diesem Jahr die Förderung von 6.000,00 € zu bewilligen und zu beobachten, ob sie im nächsten Jahr ausreiche.

Frau Thelen sprach sich für den Vorschlag aus, gerade in Anbetracht der vorangegangenen Beratung unter TOP 1, wonach aufgrund der aktuellen Prognose möglicherweise in Immendorf zwei Eingangsklassen gebildet werden müssten.

Beschlussvorschlag:

Für die Schülerbetreuung an der Kath. Grundschule Immendorf wird der jährliche Anteil der Stadt auf 6.000,00 € erhöht.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 6 Fortführung des Projekts "Mathe schützt nicht vor Ertrinken!" in 2019 Vorlage: 1411/2018

Hierzu erfolgten keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

- a) Das Projekt „Mathe schützt nicht vor Ertrinken!“ soll im Jahr 2019 wieder im Gelobad durchgeführt werden.
- b) Die Summe von 13.300,00 € zur Durchführung des Projekts werden im Haushalt eingestellt bzw. verausgabt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

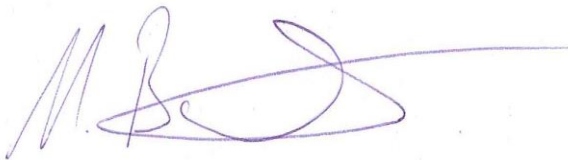
TOP 7 Anfragen

- a) I. Beigeordneter Brunen gab eine neue Einladung des Kreises Heinsberg zur Präsentation einer kreisweiten Schulentwicklungsplanung für den 16.01.2019 um 18.00 in der Aula Hückelhoven bekannt.
- b) Herr Benden kritisierte die kurze Einladungsfrist zur Sport- und Kulturkonferenz der Stadt. Aufgrund dessen hätten zahlreiche Vertreter der örtlichen Politik nicht teilgenommen. Dies liege nicht an deren Desinteresse, sondern daran dass sie bereits anderweitig terminlich gebunden waren. Deswegen ergehe seine Bitte an die Verwaltung, solche Termine künftig besser abzustimmen.

- c) Herr Hoffmann zeigte sich enttäuscht, dass zur zentralen Veranstaltung des Volkstrauertags in Geilenkirchen die Teilnahme seitens Politik und Verwaltung sehr gering war. Es seien lediglich – mit ihm – drei Stadtverordnete anwesend gewesen, jedoch keine Kreistagsabgeordneten, kein Dezernent und keine Amtsleiter. Aufgrund des mangelnden Interesses sei es wohl künftig besser, die Zentrale Veranstaltung an einem anderen Ort durchzuführen.
- d) Frau Thelen erkundigte sich, ob hinsichtlich der Sekundarstufe bezüglich der Schule des gemeinsamen Lernens eine Entscheidung der Kreisverwaltung vorliege.
- I. Beigeordneter Brunen antwortete, darüber gebe es keine Kenntnis, man warte noch auf die Endabstimmung mit der Bezirksregierung. Herr Böken teilte mit, letzten Freitag eine entsprechende Mitteilung der Bezirksregierung erhalten zu haben.
- e) Aus der Mitte des Ausschusses wurde angefragt, ob es bei der Sport- und Kulturkonferenz ein Feedback seitens der Vereine gegeben hätte. I. Beigeordneter Brunen antwortete, bereits bei der Begrüßung sei eingeräumt worden, dass die Konferenz eine Testveranstaltung sei. Es seien insbesondere die Themen Vereinsmarketing und Vereinsführung besprochen worden. Der I. Beigeordnete ging davon aus, dass diese Veranstaltung regelmäßig jedes Jahr stattfinden würde. Um sie rechtzeitig planen und sinnvoll angehen zu können, sei die Verwaltung auf entsprechendes Feedback angewiesen.
- f) I. Beigeordneter Brunen berichtete, der Förderverein der OGS habe sein Konzept vorgestellt und die Einladung an die Vereine, die dazu bereit und in der Lage seien, gerichtet, Übungsleiter in die Schule zu entsenden. Herr Weiler bestätigte, der Reitverein habe bereits Kontakt zur Schule aufgenommen. Man wolle mit der OGS so zusammenarbeiten wie in Übach-Palenberg.
- g) Auf die entsprechende Anfrage von Frau Thelen bestätigte I. Beigeordneter Brunen, die Musikschule werde an ihrem derzeitigen Standort verbleiben. Die Verwaltung werde nach anderen Möglichkeiten für geeignete Räumlichkeiten suchen.

Sitzung endet um: 20:10

Vorsitzender



Marko Banzet

Schriftführerin:



Irmtrud Penners